

Editorial

Leben im Widerstand

Mit dem „Arabischen Frühling“ gewann die Hoffnung auf eine Welt ohne Unterdrückung und Unfreiheit neue Aktualität. Die neuen transnationalen und globalen Bewegungen artikulieren sich als Widerstand gegen als illegitim empfundene Ausübung der Staatsgewalt durch autokratische Regime. Weltweit verbinden sie sich mit Arbeitskämpfen beispielsweise in China oder Lateinamerika, mit den häufig von indigenen Gruppen geführten Protesten gegen ökologische Zerstörungen, Landraub und Ressourcenplünderung. Auch in den Hauptstädten Europas von Madrid, Athen bis Moskau bilden sich Widerstandsbewegungen gegen Austeritätspolitik, Umverteilung von unten nach oben, Korruption und Wahlmanipulation. Die Kämpfe von Jugendlichen in den Pariser Vorstädten, die Proteste gegen „Stuttgart 21“ oder die Occupy-Bewegung strahlen außerordentlich weit aus und erreichen AktivistInnen und SympathisantInnen in allen gesellschaftlichen Schichten und politischen Lagern. Widerstand zeigt sich in unterschiedlichen Formen und ist erfinderisch in seinen Methoden, von den „Waffen der Schwachen“ über Gandhis Satyagraha bis zur bewaffneten Guerilla. Vor und jenseits aller Repräsentation oder parlamentarischen Reform suchen Widerstandsbewegungen nach direkten Wegen, wahrgenommenes Unrecht zu überwinden, als gut und gerecht verstandene Zustände (wieder-)herzustellen oder die Voraussetzungen für ein besseres Leben zu schaffen.

Widerständigkeit und Widerstandsbewegungen entstehen in den Kontexten kolonialer Unterdrückungen und neokolonialer Interventionen, in der Einforderung verwehrter Rechte und Freiheiten, in Europa und Nordamerika als Forderung nach Gewissens- und Religionsfreiheit, als Widerstand eines frühen Agrarkommunismus gegen die bürgerliche Eigentumsordnung oder gegen eine Ökonomie der Enteignung. In der moralischen Ökonomie nicht nur der Unterschichten des 18. und 19. Jahrhunderts wird ein „angemessenes Auskommen“, das durch Brauch und Tradition als gerechtfertigt erscheint, gegen die Teuerung, das Horten des Getreides und den Wucher verteidigt.

Im Widerstand findet sich immer auch ein Doppeltes, der Rückgriff auf die Traditionen, die es zu retten oder neu zu erfinden gilt, und ein Vorgriff auf ein besseres oder „Gutes Leben“. Der Widerstand aus der Position der Unterlegenen oder Subalternen heraus, die sich in den schlechten

Verhältnissen einrichten (müssen) und eingerichtet haben, besitzt häufig etwas Ambivalentes, indem diese Menschen sich der List, der Lüge, des Ausweichens bedienen oder die Mächtigen lächerlich machen und ihnen eine Nase drehen, bis sie aufgeknüpft werden.

Auch wenn Widerstand in allen diesen Formen fast ubiquitär erscheint, wäre es überzogen, in ihm eine allgemeine Widerständigkeit des menschlichen Wesens, eine immer vorhandene „Potenzialität“ oder nie versiegende „Kraft des Lebens“ zu sehen, wie Gilles Deleuze, Félix Guattari, Michael Hardt oder Antonio Negri andeuten. Widerstandskraft oder Lebenswille können auch gebrochen werden. Mehr noch, ohne Einverständnis seitens der Beherrschten wäre Herrschaft nach Max Weber gar nicht möglich. Widerstand gegen Herrschaft oder die Herrschenden ist demnach genauso wie Konformität mit und Legitimität von Herrschaft erklärungsbedürftig, also an konkrete soziale und politische sowie persönliche und moralische Voraussetzungen gebunden, gründet in diesen. In der Untersuchung von Bedingungen verschiedener Widerstandsformen von Kollektiven, aber auch von Einzelnen ist nach den vorhandenen Mitteln etwa der Kommunikation, den Praxisformen, den bestehenden Gemeinschaftsbildungen und Institutionen zu fragen, aus denen sich widerständiges Handeln entfalten bzw. auf die es sich stützen kann, ohne die strategischen und taktischen Momente zu vernachlässigen. In diesem Sinne zielen die Beiträge des vorliegenden Heftes nicht so sehr auf eine Theorie des Widerstandes, sondern auf seine sich historisch wandelnden Formen und Verständnisse, auf gesellschaftliche und politische Bedingungen und Hintergründe. Hierbei werden auch die Ambivalenzen eines Widerstandes sichtbar, der sich gegen staatliche Repression richtet, zugleich aber im Staat den Garanten von Rechten und Freiheiten sieht oder der sich von den (schlechten) Traditionen befreien will, diese aber zur Formulierung des angestrebten anderen Lebens benötigt.

Zunächst setzt sich *Veith Selk* einführend mit der Begriffsgeschichte von „Widerstand“ auseinander. In einem ersten Transformationsschub wurde der Begriff in der Sicht des Autors in der „Sattelzeit“ (Koselleck) zwischen 1750 und 1850 zunehmend demokratisiert, politisiert und verzeitlicht, zu einer Prozesskategorie verflüssigt. Im 20. Jahrhundert erlebte er Bedeutungsverschiebungen: Zum einen wurde er stärker als zuvor als produktive Kraft verstanden, die insbesondere mit der Subjektwerdung in Zusammenhang stehe. Zum zweiten wurde die Bindung des Begriffs an Kollektivsubjekte wie „die Arbeiterklasse“ zunehmend in Frage gestellt; Widerstand wurde individualisiert und gleichzeitig kulturalisiert. Zum dritten wurde er mehr denn je als alltägliche Praxis gesehen, als ein Phänomen, das sämtliche sozialen Verhältnisse durchzieht – Macht und Widerstand sind nun untrennbar

miteinander verbunden. Abschließend zeigt der Autor noch eine in der jüngsten Zeit sich abzeichnende Tendenz zur Entpolitisierung des Begriffs durch Ästhetisierung und Kommerzialisierung auf.

Zwei Fallstudien widmen sich aktuellen Beispielen von Widerstandsbewegungen in Afrika bzw. Lateinamerika. *Bettina Engels* untersucht das Verhältnis von Hungeraufständen im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 und gewerkschaftlichen Protesten gegen hohe Lebenshaltungskosten in Burkina Faso. Sie fasst beide als Formen kollektiven politischen Handelns, an denen jeweils verschiedene soziale Gruppen, welche auf unterschiedliche Protestrepertoires zurückgreifen, maßgeblich beteiligt sind. Die Autorin spricht sich abschließend dafür aus, den Begriff der Hungeraufstände (wieder) explizit politisch zu verstehen, wie es in den 1990er Jahren der Fall war. Damals wurden die Proteste gegen die Strukturanpassungspolitik bewusst als „food riots“ bezeichnet, um die verheerenden sozioökonomischen Folgen der Marktliberalisierung deutlich zu machen.

Miriam Trzeciak und *Anna-Maria Meuth* blicken auf zwanzig Jahre zurück, in denen die Frauen der zapatistischen Bewegung seit der Verabschiedung des „Revolutionären Frauengesetzes“ („Ley Revolucionaria de la Mujer“) in ihren Familien, in Produktionseinheiten und in den indigenen Gemeinden ihre Handlungsspielräume erweitert haben, ihre Stimme in den politischen Entscheidungen erheben und weiterhin die völlige Gleichberechtigung mit und gegenüber ihren *compañeros* anstreben. Als *indigenas* müssen sie sich gegen Repression, Paternalismus und Verachtung behaupten und zugleich Fesseln indigener Traditionen (*usos y costumbres*) abwerfen. Die Autorinnen analysieren das „Leben im Widerstand“ der zapatistischen Frauen unter der Perspektive verschränkter Machtverhältnisse und intersektionaler Bedingungsgefüge, innerhalb deren sich die zapatistischen Sprecherinnen bewusst und strategisch positionieren.

In solidarischer Absicht dokumentieren wir in diesem Heft ein *Manifest von feministischen und progressiven Gruppen in Indien*, dass nach der Gruppenvergewaltigung einer jungen Frau am 16. 12. 2012 in Delhi und ihrem späteren Tod u.a. von Feminist India (28. 12. 2012) veröffentlicht wurde. *Helen Schwenken* und *Hanns Wienold* übersetzten und kommentierten das Manifest. Es richtet sich sowohl gegen die verbreitete Strafflosigkeit bei Vergewaltigung als auch gegen die populistische Forderung nach der Todesstrafe für die Täter. Das Manifest zeigt, dass die Kämpfe indischer Frauen um ihre gesellschaftlichen, familiären und individuellen Rechte und Ansprüche auch auf dem Kampffeld um die Unversehrtheit ihrer Körper und ihrer Person ausgetragen werden. Anstatt seine Schutzaufgabe zu erfüllen, produziert und toleriert der staatliche Gewaltapparat selbst sexualisierte

Gewalt gegen Frauen. Ihr Körper ist Zielscheibe gewaltsamer Aktionen des Staates und gesellschaftlicher Gruppen gegen politische und soziale Autonomieansprüche von Minderheiten, die sich außerhalb der hinduisierten Mehrheitsgesellschaft stellen. Das Manifest benennt die Defizite der staatlichen Strafverfolgung, kritisiert Gesetze und Gesetzesvorhaben, die der Straflosigkeit Vorschub leisten, die Opfer sexualisierter Gewalt belasten und die Übergriffe gegen Lesben, Schwule und Transsexuelle ausblenden.

Firoze Manji resümiert die zahlreichen Proteste und Aufstände, die 2011 überall auf dem afrikanischen Kontinent stattfanden – weit über den Maghreb und Maschrek hinaus, deren „Arabischer Frühling“ 2011 enorme Aufmerksamkeit westlicher Medien und Politik auf sich zog –, und stellt sie in den Zusammenhang übergreifender Kämpfe gegen Imperialismus, Neoliberalismus und Neokolonialismus. Wir dokumentieren diesen streitbaren Beitrag, der linke Debatten auf dem afrikanischen Kontinent bündelt und zuspitzt – Stimmen, die hierzulande wenig wahrgenommen werden. Manji formuliert einen Panafricanismus, der von den Graswurzeln vereint im Widerstand gegen das *empire* der weltweiten Oligopole und des Westens aufwache. Der dabei formulierte Wunsch nach Emanzipation ist vielleicht konsensfähiger als Manjis Rückgriff auf identitäre Muster oder seine Zuspitzung monolithischer Feindbilder. Der Beitrag ist außerdem ein panoptischer Einstieg in die Internet-Plattform *pambazuka.org*, die all jenen bekannt sein sollte, die alternative Nachrichten und Analysen aus der Region suchen.

Im ersten Stichwort erläutert *Marcel M. Baumann* die Hintergründe der Umwälzungen, die hierzulande als „Arabischer Frühling“ bekannt wurden. Zugleich zeigt er die Ambivalenzen dieser Prozesse im Kontext lokaler, regionaler und globaler Machtungleichgewichte und Geschlechterverhältnisse sowie religiöser Traditionen auf. Vor diesem Hintergrund ist noch nicht auszumachen, ob aus dem „arabischen Frühling“ nicht ein „arabisches Unglück“ wird.

Gabriele Zdunek gibt im zweiten Stichwort eine Einführung in die „strategische gewaltfreie Aktion“. Dieses von Gene Sharp entwickelte „Konzept der Befreiung“ stellt eine Strategie zur Durchsetzung oder zum Erhalt politischer, ökonomischer oder sozialer Rechte dar. Aktuell wird es – in modifizierter Form – unter anderem von Organisationen wie *Centre for Applied NonViolent Action and Strategies* in Belgrad und *International Center on Nonviolent Conflict* in Washington, DC, propagiert.

Die nächsten Ausgaben der *PERIPHERIE* erscheinen im August zu „Die Welt des Kapitals“, (Heft 130/131) sowie im November zum „Alles muss raus! Konfliktfeld Bergbau“ (Heft 132). Für den 34. Jahrgang sind Hefte

zu den Themen „Religion“, „Postwachstum und Green Economy“ sowie „Ungleichheit und Klassenstrukturen“ geplant. Die *Calls for Papers* für diese Hefte finden sich wie immer auf unserer Homepage. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge sehr willkommen.

Für unsere weitgehend ehrenamtliche Arbeit sind wir auch weiterhin auf die Beiträge der Mitglieder der Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik (WVEE) e.V., der Herausgeberin der *PERIPHERIE*, und auf Spenden angewiesen. Wir freuen uns daher über neue Vereinsmitglieder ebenso wie über einmalige Spenden.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.